

Vorlage Nr. 101.20.49

19. Mai 2026
1 von 2

Soziokulturelle Integrationsarbeit stärken

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, gegenüber der Bundesregierung sowie den zuständigen kommunalen Spitzenverbänden deutlich zu machen, dass die Stadt Kassel die Kürzungen beziehungsweise Einschränkungen im Bereich der Sprach- und Integrationsförderung entschieden ablehnt und eine verlässliche Finanzierung entsprechender Angebote fordert.

Darüber hinaus wird der Magistrat gebeten,

1. darzustellen, welche Auswirkungen die aktuellen Entwicklungen und Einschränkungen im Bereich der Sprach- und Integrationsförderung auf Einrichtungen und Träger in Kassel bereits haben und mit welchen Folgen noch zu rechnen ist.
2. zu prüfen, welche strukturellen Herausforderungen sich insbesondere aus nicht kostendeckend refinanzierbaren Beratungs-, Begegnungs- und Integrationsangeboten für die Stadt Kassel ergeben,
3. sowie zu prüfen, welche Möglichkeiten auf kommunaler Ebene bestehen, soziokulturelle und integrationsfördernde Angebote mit besonderer Bedeutung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt langfristig zu unterstützen.

Begründung:

Soziokulturelle Einrichtungen leisten einen wichtigen Beitrag für Integration, gesellschaftliche Teilhabe, Beratung, Begegnung und gesellschaftlichen Zusammenhalt in Kassel. Die aktuellen Entwicklungen auf Bundesebene sorgen bundesweit für große Unsicherheit bei Trägern und Bildungseinrichtungen.

Auch in Kassel sind Einrichtungen betroffen, die seit Jahren wichtige Integrationsarbeit leisten und Menschen durch niedrigschwellige sowie sozialpädagogisch begleitete Angebote unterstützen. Hierzu zählt insbesondere auch das Kulturzentrum Schlachthof,

das mit seinen Angeboten einen wichtigen Beitrag für gesellschaftliche Teilhabe und Integration in Kassel leistet.

2 von 2

Die Folgen fehlender Sprachförderung zeigen sich langfristig insbesondere auf kommunaler Ebene – etwa in Schulen, sozialen Hilfesystemen oder bei der Arbeitsmarktintegration. Daher ist es notwendig, die Auswirkungen für Kassel frühzeitig zu bewerten und mögliche kommunale Handlungsspielräume zu prüfen.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Mustafa Gündar

gez. Pilar Butte
Fraktionsvorsitzende

gez. Eva Koch
Fraktionsvorsitzende